Dr. med. Karl-Josef Klees
Arzt f. Neurologie u.Psychiatrie
Psychotherapie
Fachkunde Geriatrie
Sprechstunden:
vormittags: Mo-Fr 9-12 Uhr
(Sa. n.Vereinbarung)
nachmittags: Mo,Di:14-18 Uhr
Do:14-17 Uhr

66953 Pirmasens
Schloßstr.18
www.klees-net.de

Tel.:06331/13769

23.11.19

An
Oberbürgermeister
Markus Zwick
Rathaus
66953 Pirmasens

Betreffs: „ Luther-Kita lässt sich nicht erpressen “ - PZ 22.11.2019

Lieber Herr Oberbürgermeister Zwick,

als ausgeschiedenes, aber noch nicht verabschiedetes, FWB-Stadtratsmitglied sei mir eine letzte Wortmeldung erlaubt... Meine Kita-Anträge vom 17.11.14 und 02.03.15 erbrachten mir zwar die Ablehnung durch Ihren Vorgänger, aber auch eine besondere Verbindung mit der Luther-Kita. Der PZ vom 22.11.19 entnehme ich mit Beunruhigung, daß eine „ Politik-Leere “ (nicht -Lehre) der Stadtspitze 2017, noch nicht ausgelaufen erscheint. In dem PZ-Artikel vom 22.11.19 sehe ich im Rathaus nämlich weiter die Muster: 1.) sich keine Last machen mit den Problemen anderer, 2.) sich selbst den Rücken frei halten und 3.) selbst gut dastehen. In der PZ lese ich keine Unterstützung der Stadt für die bedrohten Kindergärtnerinnen eines nicht-städtischen Kindergartens, welche in der dazugehörigen Kirche den Kindern eine Auseinandersetzung mit den Religionen in Deutschland anbieten wollen. Mir ist es zu wenig, wenn die Stadt nur hinweist auf „ Einzelfall “ und „ Hilfen für die Eltern “ (nicht für die Erzieherinnen), d.h. zum Finden des nächsten Platzes bei Recht auf Kindergartenplatz. Wo die Eltern nicht nur drohen, sondern auch archaisch dadurch befremden, daß sie die Praxis der Luther-Kita zwar für eine Tochter akzeptierten, nicht aber für einen Sohn, halte ich das Aufzeigen der Pflichten und Grenzen für notwendig.

Pirmasenser/innen mit Migrationshintergrund aus der Gastarbeitergeneration sind in meiner Praxis zunehmend irritiert. Für sie war klar: Sie müssen hier eine gewisse Anpassung und Leistung erbringen, Rechte und Pflichten achten. Dies sichert ihnen gleiche Partizipation und Integration – auch unter Bewahrung

ihrer Traditionen aus den Heimatländern. Diese Pirmasenser/innen in heute teils schwierigen Sozialverhältnissen verstehen ein Deutschland nicht mehr, welches 1.) keine solche „ Bringschuld “ mehr erwartet von Neu-Zuwanderern wegen Asyl- und Flüchtlingsstatus und welches dann 2.) hinnimmt, daß sich festigende pirmasenser Parallelgesellschaften keine Prioritäten hegen für: Toleranz, Respekt, Offenheit gegenüber unserem angestammten Leben hier und auch nur Deutsch-Lernen, wo es in der Kommunität ohne all das geht bzw. gehen soll ... Wir integrieren dann nicht nur die Neuen nicht, sondern wir verlieren auch noch zunehmend die schon länger bei uns Lebenden mit Migrationshintergrund.

Das Reaktions-Muster der politischen Mitte, wie auf die Vorkommnisse in der Luther-Kita, lässt in seiner Blässe befürchten, daß die deutsche Gesellschaft sich weiter polarisiert und spaltet durch das Flüchtlingsthema. Einerseits fürchte ich, daß der rechte Pol in seiner dumpf-verallgemeinernden Fremdenfeindlichkeit sich immer mehr benötigt fühlt. Dies kann wieder den linken Pol aufschaukeln, welcher v.a. sich selbst immer weiter bestärkt und beglückt in seiner Blase einer Aufnahmekultur per se, ohne Forderung einer Bringschuld und fernab aller dann resultierenden Alltagsprobleme wie in der Innenstadt und um die Luther-Kita.

Ich unterstütze die Luther-Kita voll und ganz in ihrem Versuch, Regeln plus religiöse Offenheit als Charakteristika unserer deutschen Gesellschaft allen Kindern hier zu vermitteln. Ich hoffe nur, daß der PZ-Artikel nicht die komplette städtische Reaktion wiedergab. Auch wenn es i.G. zu einem „ Recht auf Kindergartenplatz “ keine so präzise „ Gesetzespflicht der Verwaltung zu Auseinandersetzung mit Integrationsverweigeren “ gibt, erwarte ich, daß das Jugendamt auf diese Familie einwirkt und daß von Amts wegen der Familie klar verdeutlicht wird, daß das Kita-Personal in Deutschland ein „ Recht auf Unversehrtheit “ hat. Natürlich bin ich mir der Diffizilität auch dieser Marterie und auch der Grenzen einer Kommunalverwaltung bewußt. Wo bis 2017 die „ Politik-Plattitüde Wir-können-nicht-anders “ zu viel limitierte, vermisse ich 2019 in Pirmasens weiter, daß kommunal konkret erkennbare Sozial-Probleme als landes- und bundespolitischer Handlungsbedarf in den bürgerlichen Parteien „ bottom-up “ in Gesetze einfließen, z.B. in ein m.E. dringend notwendiges Einwanderungsgesetz.

Mit freundlichen Grüßen
Dr.med. Karl-Josef